

Debatte um Bremer Rotlichtmilieu

Weser Kurier 21.03.2010

Politik unterstützt Protest gegen Bordelle

Von Rose Gerdts-Schiffler

Bremen. Eine kleine Initiative aus der Neustadt hat eine politische Grundsatzdebatte zum Rotlichtmilieu entfacht. Immer mehr Anwohner wollen nun ebenfalls gegen Bordelle in ihren Straßen vorgehen. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) will die Ortsamtsleiter zusammenholen, um Brennpunkte festzulegen. Zugleich fordert er Bürger auf, ihre Beschwerden bei den Ortsämtern vorzutragen.



© Jochen Stoss

Eine Bürgerinitiative aus der Neustadt brachte den Stein ins Rollen.

'Ein Bordellbetrieb in einer Wohnstraße ist eine Zumutung für die Anwohner', stellt sich Mäurer auf die Seite der Betroffenen. Dies müsse nicht mehr hingenommen werden, da Prostituierte oder Besitzer von Modellwohnungen seit Sommer 2009 verpflichtet seien, ihre Arbeit als Gewerbe anzumelden. In einem reinen Wohngebiet dürfe ein Gewerbe aber nur unter strengen Voraussetzungen betrieben werden. Somit müssten viele Modellwohnungen schließen. Sollten sich Anwohner, die in einem gemischten Wohngebiet leben, von Prostitution in der Nachbarschaft gestört fühlen, könnte über begrenzte Sperrgebiete nachgedacht werden.

Kinder reagieren verstört

In der Neckarstraße in der Neustadt klagen Anwohner seit sechs Jahren über ein Haus, in dem angeblich bis zu acht Prostituierte anschaffen. 'Die arbeiten zum Teil ohne Sichtschutz und mit offenem Fenster', empört sich ein Anwohner. Für die Kinder sei die Szenerie verstörend.

Während die Baubehörde davon ausgeht, dass das Bordell in der Essener Straße zum 15. April schließen muss, kündigte der Anwalt der Betreiberin Widerspruch an. 'Das wird dann ein Hauptsacheverfahren und vor dem Verwaltungsgericht landen. Pro Instanz wird das gut zwei Jahre dauern', sagte Rechtsanwalt Axel Piehl unserer Zeitung.

Unterdessen bricht die Bremer Beratungsstelle für Prostituierte, 'Nitribitt', eine Lanze für die Betreiberin des Hauses in der Essener Straße. Dort hatten Anwohner öffentlich gegen Freier und Betreiber protestiert. 'Die Frauen können dort unter vernünftigen Bedingungen arbeiten', ist Julia von Lengerke überzeugt. Die Sozialarbeiterin fürchtet, dass in der aktuellen Debatte Zwangsprostitution und freiwillige Prostitution vermengt würden. Eine Konzentration auf wenige, größere Bordelle bedeutete zwar ein Plus an Sicherheit. Doch viele Frauen würden

ihre Stammkunden in 'eingelaufenen Wohnungen' verlieren. 'Die meisten Männer wollen eben keine Öffentlichkeit.' Den Opfern von Zwangsprostitution wiederum müsse ein eigener Aufenthaltsstatus gewährt werden. Außerdem solle ihnen gestattet werden, nach Aussagen vor Gericht hierzubleiben und ihre Kinder nachzuholen.

Ähnlich argumentiert auch Petra Wulf-Lengner von der Bremer Beratungsstelle für die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ). Die aktuelle Debatte dürfe sich nicht zur Hatz auf die Frauen ausweiten. 'Wir müssen aufpassen, die Betroffenen nicht ein zweites Mal zu missbrauchen, indem sie lediglich als Zeuginnen gegen Menschenhändler benutzt und anschließend in ihre Heimatländer abgeschoben werden.' Wulf-Lengner forderte alle Beteiligten auf, keine Schnellschüsse zu produzieren, sondern sich 'konzeptionell an die Arbeit' zu machen.

Die Idee, die bisherigen Sperrbezirke in Bremen auszuweiten, trifft auf breite Zustimmung in der Politik. Der Wildwuchs mit den rund 250 Modellwohnungen müsse reguliert werden, findet Uwe Woltemath (FDP). Björn Fecker (Grüne) sieht jedoch noch 'Diskussionsbedarf' zur Frage, inwiefern die Konzentration auf einige Großbordelle eine Lösung sein könne. Befürworter versprechen sich davon einen höheren Schutz für die Frauen und eine leichtere Überprüfung seitens der Polizei.

Monique Troedel (Die Linke) fordert mehr Unterstützung für die zuständigen Beratungsstellen in Bremen und mahnt: 'Wir dürfen die Opfer nicht zu Tätern machen.' Im Rotlichtgewerbe werde viel Geld verdient. Monique Troedel: 'Experten gehen nach vorsichtigen Schätzungen von rund 40 Millionen Euro Einnahmen im kleinsten Bundesland aus, die am Staat völlig vorbeigehen.'

Der innenpolitische Sprecher der CDU, Wilhelm Hinners, will das Thema im April in der Bürgerschaft zur Sprache bringen. Er hatte sich bereits in der Vergangenheit für das 'Dortmunder Modell' stark gemacht, nach dem Clubs, Anbahnungsbetriebe, Bordelle, aber auch Wohnungen ab drei Prostituierten zwingend als Gewerbe angemeldet werden müssen. Dies ziehe mehr Transparenz nach sich, findet Hinners.

Die Polizei hat für dieses Jahr Zwangsprostitution und Menschenhandel zum Schwerpunktthema erkoren. Innensenator Mäurer: 'Die Sorgen der Nachbarn sind das eine. Das Leid dieser Frauen das andere.'